

FAKE ODER FAKT?

E-Learning-Kurs „Sind denn alle verrückt hier? Verschwörungstheorien erkennen.“

Artikel 1- Aus für Weihnachten in Heidenheim- zumindest vorerst

Karen Gunert, Südwestpresse, 18.10.2017

Der Duft von Lebkuchen, Mandarinen und Nüssen prägt die Adventszeit ebenso wie Adventskalender oder Weihnachtsdekoration. Doch damit ist jetzt Schluss in einigen Kindergärten und Grundschulen im Landkreis Heidenheim.

Zumindest in den Ortsteilen, in denen mehr als 50% der Bewohner/innen einen Migrationshintergrund haben. „Es lohnt sich ja kaum noch, Weihnachten zu feiern, wenn meine Schüler aus nicht-christlichen Familien kommen“, teilte Margarte Streicher, Lehrerin an einer Heidenheimer Grundschule Oggenhausen der Südwestpresse mit, „Viele sind muslimisch und feiern Weihnachten auch zuhause nicht.“

Auch dem Kreistag wurde dies klar, nachdem eine Gesetzesinitiative „Unabhängige Grundschulen“ das Feiern von christlichen Festen zum Thema gemacht hatte. „Wir leben in einer Demokratie und müssen uns in vielen Fällen nach der Mehrheit richten“, verteidigt Landrat Thomas Reinhardt die neue Vorgabe.

Während Vertreter von muslimischen oder auch jüdischen Verbänden diesen Schritt begrüßen, kommt offene Kritik von vielen Eltern und den Kirchen. Enttäuscht sei man, dass die christliche Tradition in Baden-Württemberg nicht verteidigt werde, erklären einige Eltern der Grundschule in Oggenhausen. Man hoffe jetzt auf das Land, das das Gesetz stoppen soll. „Die christliche Tradition gehört zu Deutschland“, bekräftigt auch Landesbischof Frank Otfried July, „und Weihnachten ist nach Pfingsten das wichtigste Fest der Kirche“

Einige Elternverbände haben bereits eine Gegeninitiative angekündigt, auch Politiker der konservativen Parteien formulieren Einspruch. Ob die neue Vorgabe bestehen bleibt, ist daher fraglich.

FAKE ODER FAKT?

Artikel 2: BAföG-Irrsinn- Warum Studenten ihre Eltern verklagen müssen

Karl-Otto Gerber und Anne Hoch, 12.März 2017, Die ZEIT

>BAföG<, die meisten Schüler hören dieses Wort vermutlich kurz vor Beginn ihres Studiums zum ersten Mal. Viele bauen auf die monatliche Unterstützung des Staates, um ihre Lebenshaltungskosten und ihr Studium finanzieren zu können.

Doch perfekt ist der staatliche Zuschuss, der teilweise wieder zurückgezahlt werden muss, noch lange nicht. Während die FDP gerade um ein elternunabhängiges BAföG verhandelt, tun sich noch ganz andere Probleme auf.

„Ich habe kein BAföG bekommen, obwohl meine Eltern kein Geld haben“, berichtet uns die 17 jährige Sonja*. Eigentlich klingt das unmöglich, aber beim Berechnen des BAföG-Satzes spielt nur die Einkommensbilanz eine Rolle: Schulden oder andere Verpflichtungen sind irrelevant. Viele junge Menschen leiden darunter, dass es aus dieser Falle nur einen Ausweg gibt: die eigenen Eltern zu verklagen. Auch Sonja berichtet von ihrem Dilemma: „Hätte ich einen Vorschuss gewollt, hätten meine Eltern meinerwegen vor Gericht gestanden. Ich kann sie doch nicht zwingen, mir Geld zu geben, das sie selbst brauchen“.

Am Ende hat sie sich entschieden, wohl oder übel auf das BAföG zu verzichten. Aber ihr Ärger bleibt. Nur auf das Einkommen und nicht auf die gesamte Situation, etwa auch auf eine Trennung oder andere Geschwister zu achten, ist in Sonjas Augen falsch und ungerecht.

Doch momentan sieht es nicht so aus, als ob sich etwas ändern würde. Und wenn sich das elternunabhängige BAföG doch durchsetzt, haben viele Scheidungskinder immer noch ein Problem solange ihnen kein Unterhalt gezahlt wird. Auch dann muss geklagt werden.

*Namen von der Redaktion geändert

FAKE ODER FAKT?

Artikel 3: Teure Sucht

Patrick Kleber, 30.10.2017, Neue Württembergische Zeitung

In Honolulu haben sogenannte >Smombies<, also Menschen, die beim Gehen ständig aufs Smartphone starren, nichts zu lachen.

Eine neue Verordnung erlaubt es der Polizei des US-Bundesstaates nun, Strafzettel für die Benutzung von Handys zu verteilen. Ausnahme ist das Telefonieren, bei dem auf die Straße gesehen werden kann.

Was zunächst übertrieben klingt hat jedoch ernste Ursachen: Seit sich Smartphones mehr und mehr in den Metropolen der Welt ausgebreitet haben, ist auch die Unaufmerksamkeit ihrer Benutzer gestiegen- und mit ihr die Zahl der Verkehrsunfälle.

Mehr als doppelt so viele verletzte Fußgänger/innen weist die Statistik für Hawaiis Hauptstadt auf- zu viel für Bürgermeister Kirk Caldwell, dem Schöpfer der neuen Verordnung. Er glaubt nicht daran, dass man die Menschen mit vernünftigen Argumenten von ihren Handys abhalten kann. Stattdessen müsse man sie vielmehr dort erwischen, wo es wehtue.

So werden 35 Dollar (30 Euro) Bußgeld bei unerlaubter Benutzung fällig, bei Wiederholungstätern sogar noch mehr.

Fraglich bleibt allerdings, wie ernst die Bürger und auch die Polizei diese Strafzettel nehmen werden. Und ob die Polizei überhaupt ausgerüstet ist, um auf „Smombie“-Jagd zu gehen. Denn wie in vielen anderen Großstädten wird das knappe Personal für viele andere Einsätze gebraucht.

Schlussendlich wird sich an den Statistiken über Verkehrsunfälle zeigen, ob die Maßnahmen Wirkung zeigen. Bis dahin können deutsche Städte noch mit eigenen „Smombie-Maßnahmen“ aufwarten.

FAKE ODER FAKT?

Artikel 4: Ruanda- ein Vorbild für Gleichberechtigung

Paula Smith, 18.01.2017, deutsche Ausgabe des Time-Magazine

Denkt man an gleiche Rechte für Mann und Frau, hat man eher Europa mit seinen westlichen Werten oder Amerika als Verteidiger der Freien Welt vor Augen. Doch tatsächlich ist es Ruanda, das mit 61,3% den weltweit höchsten Frauenanteil in seinem Parlament stellt.

Während in Deutschland Quoten und Genderwahn bereits wieder verteufelt werden, der Feminismus quasi als überholt und die Gleichberechtigung der Frau als abgeschlossen gilt, kämpfen in Ruanda noch immer viele Frauen für ihre Rechte. 2003 wurde eine Frauenquote von 30% eingeführt, ebenso wie in Burundi 2016 und in vielen anderen afrikanischen Ländern.

Nach der Wahl im September 2017 kann selbst das vermeintlich so gleichberechtigte Deutschland diese Quote kaum erfüllen.

Doch woran liegt es, dass in einem Land, das ansonsten auch im Demokratieindex keinen sehr hohen Wert erzielt, so viele Frauen mitregieren?

Die Antwort auf diese Frage liegt vor allem in dem Völkermord begründet, der Ruanda an den Rande des Abgrunds brachte. Ruandische Frauen von heute sind die Trümmerfrauen Deutschlands von früher. Sie waren diejenigen, die Ämter übernahmen und beim Wiederaufbau tatkräftig mithalfen. Im Gegensatz zu ihren deutschen Schwestern hat sich das für die Ruanderinnen ausgezahlt: Sie haben sich nicht wieder aus der Politik verdrängen lassen.

Die vermeintlich so vorbildlichen Länder wie Deutschland oder Frankreich sollten aufschrecken, wenn sie von solchen Zahlen hören. Denn es dürfte wohl nicht allein an einer Quote liegen, dass Frauen in vielen Ländern, die nicht als „westliche Demokratie“ verstanden werden, einen deutlich größeren Anteil am politischen Geschehen haben.

FAKE ODER FAKT?

Artikel 5: Aufstand der Pendler

Katja Frey, Nordfriesische Zeitung, 13. August 2017

Jeder, der auf die Deutsche Bahn angewiesen ist oder einmal auf sie angewiesen war kennt den Unheilvollen Ton der Lautsprecherdurchsage und die verärgerten Gesichter wenn mal wieder ein Zug Verspätung hat. Erst 5 Minuten, dann 10 und irgendwann sind es 30, 60 oder sogar noch mehr.

Was für Reisende ärgerlich ist, kann für Pendler ganz schnell zum großen Problem werden: ewig werden Chefs kein Verständnis für ständige Verspätungen haben und auch Vorlesungen warten nicht auf ihre im Bahnverkehr stecken gebliebenen Studenten.

Einige Pendler im Nordfrieslandkreis haben nun offen gegen die notorische Unzuverlässigkeit der Züge auf der Strecke Hamburg-Sylt protestiert.

Spontan wurden die Loks am Abfahren gehindert und so ein deutliches Zeichen gegen das Chaos auf den Gleisen gesetzt. Verspätungen von über zwei Stunden waren die Folge.

Der Sprecher der verärgerten Pendler, Achim Binnichsen, beschreibt unterdessen den Stein des Anstoßes näher. „Bis zu 14 Zugausfälle pro Tag sind einfach nicht hinnehmbar“, empört sich der Bankkaufmann, der Leiter einer Facebook-Hilfsgruppe für gestresste Pendler ist. Aus diesem Grund habe man nun beschlossen, ein Zeichen zu setzen.

Das kam an, auch bei der Deutschen Bahn. Ändern wird sich deswegen trotzdem nichts. Laut der Deutschen Bahn gibt es selbst europaweit nicht genügend Ersatzwagen für die ausgefallenen Loks der Baureihe 245. Dennoch entschuldige man sich erneut und hoffe auf das Verständnis der Pendler.

Herr Binnichsen und seiner Facebook-Initiative wird wohl nichts anderes übrig bleiben, als weiter zu hoffen und vor allem weiter zu warten.

FAKE ODER FAKT?

Artikel 6: Von Müllrebelln und Müllpolizisten

Jasmin Batrawy, 27. Juni 2017, Neue Württembergische Zeitung

Wer das Wort „Rebellion“ hört denkt vermutlich zuerst an so bekannte historische Ereignisse wie die französische Rebellion oder an die Rebellen aus der berühmten Star-Wars- Reihe. Weniger in den Sinn kommen einem Göppinger Bürger, die sich wacker gegen eine blaue Kunststofftüte wehren, was ihnen den Titel „Müllrebelln“ eingebracht hat.

In besagter blauer Tüte sollen seit Juli 2015 alle Bioabfälle gesammelt, gesondert abgeholt und verwertet werden. Eigentlich ganz einfach- theoretisch zumindest. Die „Müllrebelln“ sprechen dem blauen Biobeutel seinen Nutzen ab. Die Tüte sei ein einziges Ärgernis, erklärt Gudo Heinrich, der kein Problem damit hat, seinen Namen offen zu nennen. Er und seine Nachbarn sind stolz darauf, sich gegen den Biobeutel zu wehren.

Die Tüten sind ihrer Meinung nach nicht nur klein, unpraktisch und riechen schnell unangenehm, sie sind auch mehr als empfindlich. Hungrige Vögel, gelangweilte Katzen oder auch nur ein schwacher Wind reichen aus, um den Müll auf der ganzen Straße zu verteilen. Den Dreck wieder sauberzumachen bleibt dann den Anwohnern überlassen.

„Gegen Mülltrennung ist gar nichts einzuwenden“, erklärt mir Gudo Heinrich, „aber mit Biotonne“

Der Leiter des Abfallwirtschaftsbetriebs AWB, Dirk Hausmann sieht die Statistik dagegen mit Sorge: nur sechs von 25 Kilogramm Biomüll pro Kopf werden getrennt. Nun soll eventuell eine Müllpolizei her, die überprüft, ob auch alle ihren Müll ordnungsgemäß trennen.

Mit dieser Charade von Müllrebelln und Müllpolizei haben es die Göppinger sogar schon ins Fernsehen geschafft.

Eine Lösung des Konfliktes ist trotzdem noch lange nicht in Sicht.

FAKE ODER FAKT?

Artikel 7: Erneuter Ausbruch im Zoo Hannover

Laura Becker, 11.07.2012, Die Welt

Nachdem im Mai bereits der Schimpanse Toro aus der inzwischen 30 Jahre alten Menschenaffenanlage ausgebrochen war, folgten nun fünf weitere Schimpansen seinem Beispiel.

Die Menschenaffen überwand den Graben offenbar problemlos und machten sich sofort daran, den Zoo zu ergründen.

Dabei lösten sie nicht nur eine Panik unter den Besuchern aus sondern verletzten beim Vorbeirennen auch ein kleines Mädchen, das später wegen einer Platzwunde ins Krankenhaus musste. Auch einige andere Besucher mussten wegen Nerven- und Kreislaufzusammenbrüchen behandelt werden.

Alles in allem verlief der Ausbruch jedoch friedlich- die Schimpansen besuchten zunächst das Giraffengehege und zeigten sich dann besonders interessiert an der Arktislandschaft mit den Eisbären.

Während die Menschenaffen ihre Erkundungstour fortsetzten wurden Besucher nach dem Notfallplan in sichere Gebäude gebracht und Wärter mit Betäubungsgewehren auf die Ausreißer angesetzt.

Die stellten sich jedoch als überflüssig heraus: Wie auch schon Toro kehrten die Schimpansen nach einiger Zeit friedlich und freiwillig in ihr Gehege zurück.

Der Zoo möchte den Umbau nun beschleunigen, um den Affen mehr Beschäftigung innerhalb und nicht außerhalb ihres Geheges zu bieten.

FAKE ODER FAKT?

Artikel 8: Erneute Sanierung Stuttgarter „Fernsehturm“

Peter Bär, Stuttgarter Zeitung, 8. November 2017

Gerade eben noch wurde die SWR3 Hitparade aus luftigen Höhen gesendet, da gibt es schon wieder Gerüchte, dass das Stuttgarter Wahrzeichen erneut sanierungsbedürftig ist.

Nun drängt sich die Frage auf, ob die Erhaltung des 217 Meter hohen Fernsehturms zu einer ähnlichen Sisyphusaufgabe verkommt wie etwa der Bau von Stuttgart21.

Zunächst war der Fernsehturm 2012 wegen veralteter Brandschutztechnik geschlossen worden. Schon damals war der Unmut groß, aber nach drei Jahren Arbeit konnte das Wahrzeichen seine Pforten wieder für Besucher öffnen und zudem noch eines der weltweit fortschrittlichsten Brandschutzsysteme vorweisen.

Doch jetzt drohen neue Arbeiten, nicht am Brandschutz, sondern am Turmkorb und im Zugangsbereich. „Das war abzusehen“, erklärt Julia Gärtner, zuständig für Kommunikation und Marketing des Stuttgarter Wahrzeichens. Schon 2015 war klar, dass früher oder später Instandsetzungsarbeiten notwendig werden würden. Denn mit den neuen Brandschutzstandards hat sich im Turm viel verändert. Vor allem das Gewicht und der Verlauf der brandgeschützten Kabel machen den Betreibern jetzt zu schaffen. Jedes Kabel war zuvor einzeln ummantelt und verlegt worden: das drückt auf das Gewicht und stört die Technik im Empfangsbereich.

„Vor allem die Arbeiten am Turmkorb könnten wegen der Höhe länger dauern“, bestätigt Frau Gärtner weiter. Man sei aber zuversichtlich, dass die Arbeiten im neuen Jahr zügig beginnen und nach etwa 5 Monaten abgeschlossen sein werden. Der Betreiber hofft jetzt, dass es sich um die vorerst letzte Renovierung handeln wird.

FAKE ODERFAKT?

Artikel 9: Chemieunfall an Freiburger Schule

Thorsten Köhler, 18.05.2017, Freiburger Bote

Die Debatte um marode Schulen in Deutschland bekommt im wahrsten Sinne des Wortes neuen Zündstoff: bei einem Chemieunfall an der Freiburger Kepler-Gymnasium werden mehrere Schüler und der Chemielehrer verletzt. 13 der 27 Schüler müssen wegen verschiedener Verletzungen im Krankenhaus behandelt werden.

Feuerwehrhauptmann Peter Wolf bescheinigt den Schülern eine gehörige Portion Glück: „Es hätte weitaus schlimmer kommen können. Im Zimmer nebenan lagerten Chlor und Iod. Wenn das freigesetzt worden wäre, hätten wir weiträumig absperren müssen“ Zum Glück kam es aber nur zu kleineren Verbrennungen, Schürfwunden und zu einer Reizung der Atemwege. Mit bleibenden Schäden oder einem längeren Krankenhausaufenthalt sei nicht zu rechnen, verkündet auch der Schulleiter.

Die Unfallursache steht bereits einen Tag später fest: veraltetes Material und marode Wände sowie kaputte Fenster haben den Unfall verursacht. Die Schule beklagt schon lange, dass sie „aus dem letzten Loch pfeife“. Besonders in den naturwissenschaftlichen Räumen gäbe es keinen Brandschutz und oft auch keine geeigneten Arbeitsmaterialien. „Es ist eben kein Geld da“, beschwert sich Schulleiter Müller. Die Politik habe versagt.

Unterdessen werden Forderungen der FDP laut, die Investitionen in Schulen im ganzen Land zu erhöhen. „Das ist schon lange eines unserer Kernthemen“, wird auf Anfrage mitgeteilt.

Andere Parteien werfen der FDP nun Populismus vor. Einig sei man sich aber darüber, dass etwas getan werden muss.

Sofort-Maßnahmen sollen in der nächsten Sitzung beschlossen werden.

FAKE ODER FAKT?

Artikel 10: Neuer Fifa-Skandal

Helen Hoeffelich, 18.3.17, Die Welt

Gianni Infantino hatte große Ziele, als er am 26. Februar 2016 zum neuen Chef der Fifa gewählt wurde. Mehr Transparenz, weniger Korruption und Vetternwirtschaft, Respekt vor den ethischen Grundsätzen.

Schnell hat sich jedoch gezeigt, dass wohl kaum eines dieser Ziele erfüllt wird.

Vetternwirtschaft und Korruption sind kaum zurückgegangen und stattdessen häufen sich immer wieder neue Skandale um Infantino. Inzwischen gibt der umstrittene Fifa-Chef auch keine Presseinterviews. Die wären bitter nötig um etwa sein Treffen mit Simbabwe Präsident Robert Mugabe zu erklären, der als grausamer Diktator in Verruf steht.

Nun gesellt sich zu den alten Vorwürfen noch ein neuer hinzu: mehrere Angestellte werfen dem Schweizer vor, sie sexuell belästigt zu haben. Die Fifa und ihre Funktionäre, ohnehin nie für eine frauenfreundliche Haltung bekannt, haben damit den nächsten großen Missbrauchsskandal am Hals.

Unter dem Hashtag #metoo und in einem Interview mit der NewYork-Times wurden nun die neuen Vorwürfe veröffentlicht.

Infantino soll verschiedene Angestellte belästigt und verbal sowie körperlich bedrängt haben. Widersetzte man sich seinen Avancen, drohte die Kündigung. Andere Funktionäre sollen von den Vorgängen gewusst und bewusst nichts gesagt haben.

Man hoffte so, sich das Wohlwollen des mächtigen Fifa-Vorsitzenden zu sichern.

Nach diesen neusten Enthüllungen sieht es nicht so aus, als würde der ohnehin schon heftig kritisierte Infantino sein Amt noch lange behalten. Doch nicht nur er sondern der ganze Fifa-Verband versinken immer mehr in einer Reihe von Skandalen.

FAKE ODER FAKT?

Artikel 11: Sonderregelung für Flüchtlinge

Holger Späth, Schwarzwälder Bote

Emotionsgeladen war die Stimmung zuvor schon. Jetzt ist sie regelrecht explosiv geworden.

In den vergangenen Tagen berichtete *Der Schwarzwälder Bote* bereits von der geplanten Sonderregelung für die Flüchtlinge, die im Hotel >Marienhof> untergebracht sind.

Trotz vieler leerstehender aber sanierungsbedürftiger Wohnungen hat der Gemeinderat Lützenhardt nun beschlossen, dass die jungen Männer, die vorwiegend aus Afghanistan und Syrien kommen, weiter in dem Hotel wohnen dürfen, in dem sie zunächst aus Mangel an Wohnraum untergebracht worden waren.

„Das ist eine Katastrophe“, empört sich die Hotelbesitzerin Marianne Schmidt, die sich von Anfang an gegen die Unterbringung wehrte, „unser Umsatz ist eingebrochen, seit wir Flüchtlinge beherbergen müssen.“ Tatsächlich entginge ihr so ein Gewinn von etwa 20 000 Euro, der sich aus dem Wegbleiben der Gäste und der Nichtinanspruchnahme ihrer anderen Angebote ergibt. Entschädigt werden soll sie nicht.

Zuerst als Notlösung vorgesehen, bleibt die Situation nun so wie sie ist: die alten Wohnungen könne man den Flüchtlingen nicht zumuten, erklärt die Sprecherin der Grünen auf unsere Anfrage.

„Die wohnen besser als ich“, beschwerten sich dagegen viele Bürger. Auch die Anwohner des Marienhofes klagen über Lärmbelästigung und über einen Rückgang der Touristenzahlen.

„Unser schöner Ort leidet unter diesem Gutmenschentum“, lässt die neu gewählte AfD-Fraktion mitteilen und hat eine förmliche Beschwerde im Gemeinderat eingereicht.

FAKE ODER FAKT?

Artikel 12: LKW gehen vor

Christian Schäfer, 20.10.17, Bremer Tagesblatt

Dass LKWs den deutschen Straßen schaden und Anwohner regelmäßig um ihre verdiente Ruhe bringen dürfte inzwischen wohl bekannt sein. Vor allem die Stephanibrücke in Bremen leidet unter dem erhöhten Verkehrsaufkommen und ist unter der tonnenschweren Last marode geworden.

Um einen teuren Neubau für die stark befahrene Brücke hinauszuzögern soll sie jetzt teilweise gesperrt werden um das Gewicht auf die Stützpfeiler zu reduzieren.

Nach sorgfältiger Prüfung hat das Amt für Straßen und Verkehr beschlossen, den Rad- und Fußgängerüberweg auf 2 Meter zu verengen.

Sowohl Anwohner als auch Nutzer sind verwirrt: einen so großen Teil des Gesamtgewichts können die vereinzelt Zweiradfahrer oder Fußgänger kaum ausmachen.

Dennoch blockiert jetzt ein etwa 30 Tonnen schwerer Zaun die Hälfte der Radstrecke. Angeblich soll die Verkehrslast so um 234 Tonnen gesenkt werden. Rein rechnerisch zumindest. Dabei wird die Brücke eher selten von Fußgängern benutzt. „In 40 Jahren habe ich nie mehr als 20 Personen auf der Brücke gesehen“, meint ein verwunderter Anwohner. Genauso wie ihm ist die Rechnung auch vielen anderen Menschen unbegreiflich.

Deshalb soll die Sperrung jetzt zugunsten eines Schrittzählers aufgehoben werden. Der schlägt Alarm sobald sich mehr als 500 Personen auf der Brücke aufhalten. Ab 700 Fußgängern werden dann auch LKW-Fahrstreifen gesperrt.

Wirkung zeigen wird diese Maßnahme wohl kaum.

FAKE ODER FAKT?

Artikel 13: Neuer Irrsinn im Genderwahn

Udolf Hermann, 13.09.2017, Der Reichsbote

Nachdem bereits eine Studentin aus Protest gegen die Toiletten für Männer und Frauen sämtliche Hinweisschilder entfernt hatte, zieht nun die Universität Konstanz nach. Sie möchte auf die Wünsche der Studenten eingehen und ihre Toiletten nach und nach zu Unisex-WCs umfunktionieren.

Dabei ist vor allem wichtig, dass sich alle wohlfühlen können, wenn sie mal müssen.

„Als große Universität mit einer bunten Studentenschaft sollten wir allen Bedürfnissen nachkommen“, heißt es in dem offiziellen Informationsschreiben.

Die ersten Änderungen werden ab dem nächsten Semester umgesetzt, stoßen aber nicht überall auf Gegenliebe. Ganz im Gegenteil: ein Großteil der Studenten fühlt sich seinem natürlichen Geschlecht durchaus verbunden.

„Ich verstehe gar nicht, was das soll“, wird uns mehr als einmal gesagt. Vielen ist es unangenehm, wenn die bewährte Geschlechtertrennung plötzlich wegen einer Minderheit aufgehoben werden soll.

>Der Reichsbote< hat sich die neuen Regelungen angeschaut: statt der üblichen Schilder mit dem Piktogramm für Mann und Frau sollen nun normale WC-Sitze oder Pissoirs abgebildet werden. Das solle „Stigmatisierung verhindern“, ist dem Informationsschreiben zu entnehmen.

Viele fühlen sich jedoch mit den neuen Symbolen unwohl. Die sind aufdringlich und nichts, was man jeden Tag sehen möchte, wenn man durch die Gänge läuft, so die vorherrschende Meinung.

Andere Universitäten haben angekündigt, diesem Genderwahn zu folgen obwohl das System für einen Großteil der normalen Bevölkerung ungeeignet ist. Aber auf deren Interessen wird in der Multi-Kulti-Gesellschaft ohnehin keine Rücksicht mehr genommen.

FAKE ODER FAKT?

Artikel 14: Freie Wurst für freie Bürger

Alexandra Bidlingmaier-Knoppert, 15.3.2017, Hessische Niedersächsische Allgemeine

Alljährlich findet in Kassel mit dem „Fest der Erde“ ein Umweltfest statt, bei dem es vor allem um Ökologie, nachhaltige Lebensformen und eine nachhaltige Ernährung geht.

Aus diesen Gründen hat der Veranstalter nun beschlossen, keine Bratwurst oder andere Fleischprodukte auf dem Fest anzubieten. Man wolle darauf hinweisen, dass übermäßiger Fleischkonsum der Umwelt schade und den Hunger auf der Welt vergrößere.

Doch nun regt sich Widerstand in der örtlichen CDU-Fraktion. Für die geht es buchstäblich um die Wurst: die Kasseler Bratwurst gehört zu Kassel wie auch der Fluss Fulda oder das Wahrzeichen Herkules, betonen Stefan Kortmann und Holger Augustin. Sie sehen in dem Verbot von Fleisch ein Einschränken der persönlichen Freiheit der Bürger. Aus diesem Grund wollen sie nun ein Gegenangebot starten, damit die Besucher trotzdem die Möglichkeit haben, eine Bratwurst zu essen.

Bei den Bürgern trifft diese Maßnahme auf wenig Verständnis. „Wenn ich Bratwurst will, gehe ich eben woanders hin“, sagt eine Fußgängerin lachend. Ihr Begleiter wirft ein, dass man ja auch mal was ohne Fleisch essen könne.

Trotzdem wird nun abseits der offiziellen Essensstände Bratwurst von der CDU verkauft. Die beiden Initiatoren des Standes betonen, dass solch ein Verbot nur der Anfang sein könnte. Als nächstes könnte die Bratwurst ja in ganz Kassel verboten werden: das möchten sie so verhindern.

Wegen der Wurst werden die meisten Besucher des Umweltfests allerdings wohl kaum gekommen sein.

FAKE ODER FAKT?

Artikel 15: Streit um Telefonrechnung

Vivianne Schirmer, 01.02.2017

Der Ausbau von digitaler Technik und Infrastruktur geht in Deutschland nur schleppend voran. In vielen ländlichen Gebieten funktioniert noch nicht einmal das WLAN, von mobilen Daten oder Empfang fürs Telefon ganz zu schweigen.

Besonders schmerzhaft zu spüren bekommen haben das nun die Bürger des kleinen Örtchens Hirschthal, das gleich an der Grenze zu Frankreich liegt.

Der Empfang war fast überall im Ort unmöglich, das Versenden von Daten nur auf dem kleinen Hügel möglich, auf dem auch die örtliche Kapelle steht. „Voller wars beim Gottesdienst noch nie“, witzelt der Priester, betont aber auch, dass das Internet heutzutage einfach unerlässlich sei.

Die Gemeinde hatte sich bereits mehrmals über die schlechte Anbindung an die digitale Infrastruktur beschwert und hatte bis vor kurzem schon fast aufgegeben. Von Heute auf Morgen hatte man im beschaulichen Hirschthal plötzlich fast überall Empfang. Die Anwohner jubelten und auch der Bürgermeister zeigte sich hocherfreut. Dann standen die Telefonrechnungen ins Haus, die für eine ordentliche Ernüchterung sorgten: anstatt ins deutsche Netz hatten sich die Bürger der kleinen Gemeinde in das des französischen Nachbarn eingewählt. Das war im Grenzgebiet ausgebaut worden.

Viele der Bürger weigern sich jetzt, die teure Rechnung zu bezahlen. Der Anbieter komme seiner Pflicht nicht nach, Internet und Mobilnetz zur Verfügung zu stellen, obwohl allen ein happiger Beitrag berechnet wird.

„Es kann nicht sein, dass man uns einfach außen vor lässt und uns Mehrkosten für das einzige Netz berechnet, das uns zur Verfügung steht“, begründet der Bürgermeister den Zahlungsboykott.

Mit einer Klage, die Beispielwirkung haben könnte, will er seiner Gemeinde jetzt das Netz sichern.

FAKE ODER FAKT?

Artikel 16: Grüner Politiker wohl an Einbruch beteiligt

Herbert Sacher, November 2017, Wochenblatt Alb Donau

An dem Einbruch in eine Hühnermastanstalt bei im Alb-Donau-Kreis war wohl auch ein grüner Politiker beteiligt.

Wie die Polizei jetzt mitteilte wurde der stellvertretende Vorsitzende der Griesinger Grünen nun wegen des Verdachts auf Einbruch in Gewahrsam genommen.

In der Nacht von Sonntag auf Montag waren mehrere Aktivisten in den Betrieb eingebrochen um dort Videomaterial zu drehen. Bei dem Einbruch wurden ein Zaun und mehrere Türen beschädigt. Außerdem klagt der Besitzer über den Image-Schaden: „Massentierhaltung funktioniert nun mal so, hier und überall anders“ Dass nun auch ein Politiker verwickelt sein soll löst in allen Parteien Bestürzung aus. Die Vorsitzenden der örtlichen CDU-Fraktion und der FDP zeigen sich in einem gemeinsamen Statement fassungslos: „Wir hätten nie gedacht, dass Oliver K. gegen das Gesetz verstoßen würde.“ Auch die Grünen distanzieren sich von dem Vorgehen ihres Parteikameraden. Man könne nicht glauben, dass ein seriöser Politiker sich zu so einer Tat hinreißen lassen würde.

Diese Distanzierung geht Karen Krämer, Co-Vorsitzende der AfD allerdings nicht weit genug. Sie sieht ein „strukturelles Problem innerhalb der Partei, das Mitglieder zu solchen Taten ermutige“

Auch Anwohner sind bestürzt, sehen sich aber größtenteils bestätigt: „Dieser Ökowahn muss aufhören“, konstatiert ein Mann, der bei der Hühnermastanstalt angestellt ist, „man sieht ja, wo der hinführt“ Unterdessen prüft die Polizei, ob es unter den grünen Politikern im Ort vielleicht Mitwisser gegeben habe. „Die Ermittlungen sind noch lange nicht abgeschlossen“, heißt es von offiziellen Stellen.